

Legal News

Die wichtigsten Gesetzesänderungen
in Tschechien und der Slowakei

April 2022

Artikel

Tschechische Republik

- Änderung bei den Regeln für Vertriebsvereinbarungen
- Neuigkeiten im Bereich Datenboxen

Slowakei

- Angebotspflicht des Arbeitgebers





Änderung der Regeln für Vertriebsvereinbarungen

Mit Wirkung zum 1. Juni 2022 erfolgt eine grundlegende Überarbeitung der EU-Gruppenfreistellungsverordnung und der Regeln zur wettbewerbsrechtlichen Beurteilung der sog. vertikalen Vereinbarungen. Die neuen Regeln werden sich vollständig auch in der Anwendungspraxis der tschechischen und slowakischen Wettbewerbsbehörden widerspiegeln. Von der Änderung werden vor allem Vertriebsbeziehungen betroffen, die so umgestaltet werden sollten, dass in den Grenzen des Wettbewerbsrechts ihr Geschäftspotenzial erfüllt wird. Die neue Regelung, die Ausnahmen von ansonsten verbotenen Vereinbarungen vorsieht, ändert nicht nur die Regeln für den Online-Handel, obwohl die Novelle in diesem Zusammenhang am häufigsten erwähnt wird, und einige völlig neue Elemente einführt (z.B. Regelung von Online-Vermittlern, genauere Definition im Zusammenhang mit Online-Vergleichsplattformen, vertikal integrierte Online-Plattformen). Es wird u.a. der Zugang zu Wettbewerbsklauseln, MFN-Vereinbarungen (Verpflichtung der Vertragspartei, der jeweils anderen Vertragspartei gleiche oder sogar bessere Bedingungen als den anderen anzubieten), Doppelvertrieb (der Hersteller vertreibt seine Ware selbst und auch über Vertriebshändler), Definition eines Alleinvertriebshändlers und/oder der kurzfristigen Festlegung von Endpreisen für Kunden geändert.

Michal Hrabovský | Counsel

Paulína Macháčová | Rechtsanwältin

Neuigkeiten im Bereich der Datenboxen

Ab dem 6. Februar 2022 wurden automatisch alle Datenboxen juristischer, natürlicher und unternehmerisch tätiger Personen für den Empfang von Postdatennachrichten freigegeben. Allerdings werden nicht unternehmerisch tätige Personen auch weiterhin die Möglichkeit haben, den Empfang dieser Nachrichten zu unterbinden.

Auch wurde das Institut der sog. Zustellungsfiktion auch für privatrechtliche Kommunikation per Datenbox eingeführt und das Dokument wird neu am zehnten Tag ab dem Eingang in der Datenbox als zugestellt angesehen (ohne dass sich der Empfänger in der Datenbox angemeldet hat).

Michal Růžička | Rechtsanwalt



In Kürze

„Informative Rente-App“

Nach Anmeldung über die Bürgeridentität oder die Datenbox berechnet die App die aktuelle Schätzung der Höhe der Altersrente des konkreten Benutzers und das Datum des Rentenanspruchs. <https://eportal.cssz.cz/web/portal/-/sluzby/informativni-duchodova-aplikace>.

Ondřej Beneš | Rechtsanwalt

Kein Recht der Wohnungseigentümerversammlung (WEV) zum Verbot von Kurzmietern

Laut dem Obergericht in Prag darf die WEV die Ausübung des Eigentumsrechts des Wohnungseigentümers durch ein Verbot der Kurzmietern (Airbnb) nicht einschränken. Nach Einlegung der Revision wird nun die Sache durch das Oberste Gericht beurteilt.

Jiří Brabec | Rechtsanwalt

Beeinträchtigung des guten Rufs

Laut dem Obersten Gericht hat eine juristische Person, deren guter Ruf beeinträchtigt wurde, kein Recht auf Entschädigung für immaterielle Schäden, auch auf keine angemessene Entschädigung in Geld. Der Gerichtsspruch löste eine Fachdiskussion aus. (Az. 23 Cdo 327/2021).

Stanislav Dvořák | Partner

Unlautere Absicht im Insolvenzverfahren

Ein Verhalten, durch das der Schuldner seinen fälligen Verpflichtungen - auch trotz vollstreckbaren Gerichtsentscheidungen (einschließlich Unterhaltsschulden für einen minderjährigen Sohn) - systematisch nicht nachkam, im Laufe des Insolvenzverfahrens einen Gesellschaftsanteil erwarb und den ihm vom Insolvenzgericht auferlegten Pflichten nicht ordnungs- und fristgerecht nachkam, stellt eine unlautere Absicht dar.

Tomáš Jelínek | Rechtsanwalt

Verschiebung des neuen Baugesetzes

Das neue Baugesetz soll ab dem 01.07.2023 anwendbar sein, aber nur in Bezug auf die sog. „vorbehaltenen Gebäude“, d.h. staatlich bedeutenden Gebäude. Bei sonstigen Gebäuden ist im Übergangszeitraum vom 01.07.2023 bis 30.06.2024 noch das „alte“ Baurecht anwendbar.

Katarína Jendželovská | Rechtsanwältin

Aufrechnung - Bankbürgschaft (BBG)

Die, die BBG ausstellende Bank kann ihre Forderung gegen den Gläubiger aus dem Titel der BBG nur aufrechnen, wenn dies in der BBG angeführt ist - 29 do 3267/2019.

Maroš Kandrík | Konzipient

Vorsicht vor internationalen Sanktionen

Das Gesetz verlangt von jedem zu prüfen, ob der Leistungsgegenstand bzw. der Vertragspartner nicht internationalen Sanktionen unterliegt. Jeder Verdacht ist dem Analytischen Finanzamt („AFA“) zu melden. Bei Nichterfüllung der Meldepflicht droht eine Geldstrafe in Millionenhöhe.

Jan Kohl | Konzipient

Nichtbereitstellung der Gerichtsakte als Verfahrensverzögerung

Nach dem Obersten Gericht ist die Zeit, in der die Gerichtsakte dem Gericht durch ein anderes Gericht nicht bereitgestellt wurde, als Verfahrensverzögerung anzusehen. Den Beteiligten entsteht somit ein Schadensersatzanspruch (Az. 30 Cdo 267/2021).

Petra Konečná | Counsel

Pauschalentschädigung für Arbeitgeber – Lohnabzüge

Für Arbeitgeber, die aufgrund eines Gerichtsurteils oder einer Vollstreckungsanordnung Lohnabzüge bei Arbeitnehmern vornehmen, wird eine pauschale Erstattung der Verwaltungskosten von CZK 50 pro Arbeitnehmer monatlich eingeführt.

Petra Kratochvílová | Counsel

Betriebsbedingte Kündigung

Vor Erklärung der betriebsbedingten Kündigung ist stets zu prüfen, ob dem Arbeitnehmer nicht eine Stelle mit auch nur ähnlichem Arbeitsinhalt angeboten werden kann – Leiter einer nicht spezifizierten Niederlassung, bzw. einer anderen Niederlassung des Arbeitgebers innerhalb des vereinbarten Arbeitsortes.

Šárka Kuchařová | Rechtsanwältin

Das Amt für den Schutz personenbezogener Daten veröffentlichte einen anonymisierten Kontrollplan für 2022

Zu den Prioritäten gehört d.J. die Kontrolle der Verarbeitung personenbezogener Daten mittels Cookies (Einwilligung des Benutzers ab dem 01.01.2022 außer von notwendigen Cookies erforderlich), Versand von unerwünschten Werbungen oder auch Kontrolle der Vollzugsbehörden.

Radek Matouš | Partner

Der Auftraggeber hat das Recht, vom Auftragnehmer Professionalität zu erwarten

Das Oberste Gericht bestätigte in der Rechtssache 33 Cdo 77/219, dass der Auftragnehmer bei der Werkausführung professionell vorzugehen hat. Hier sollte der Auftragnehmer vor der Bodenverlegung die Beschaffenheit des Untergrundes prüfen.

Eliška Miklíková | Rechtsanwältin

Die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns muss auch im Hinblick auf den Unternehmensgegenstand der Korporation und nicht nur auf ihre Rentabilität beurteilt werden

Das Mitglied des Leitungsorgans haftet für Entscheidungen und nicht für das Ergebnis, und zwar aufgrund von zu der Zeit der Entscheidungsfindung eingeholten Unterlagen und Informationen sowie aufgrund des Charakters und des Korporationszwecks.

Hana Mikulková | Rechtsanwältin

Novelle des Suchtmittelgesetzes

Ab dem 01.01.2022 ändern sich Bedingungen für den Cannabis-Handel. Die Rechtsregelung ist nun für die Erzeuger sehr günstig und wird ein wettbewerbsfähiges Umfeld schaffen. Zu den wichtigsten Änderungen gehören die Anhebung des THC-Höchstgehalts bei medizinischem Cannabis auf 1 % und die Abschaffung der Ausschreibungspflicht bei der Wahl des Erzeugers.

Karolína Rehtorovičová |
Konzipientin

Neue Stellungnahme zur Bekämpfung der Geldwäsche bei Investmentfonds nach dem AML-Gesetz

Die Tschechische Nationalbank präzisierte in ihrer Stellungnahme, dass der Verpflichtete (bei Investmentfonds) gemäß dem AML-Gesetz der Verwalter ist, in einigen Fällen kann es aber auch der Bewirtschafter, die Investmentgesellschaft und der nicht-selbstverwaltete Investmentfonds sein.

Lukáš Šikel | Konzipient

Rücktritt vom Kaufvertrag und Anspruch auf Rückzahlung der Reservierungsgebühr

Mangels anderweitiger Vereinbarung im Reservierungsvertrag hat der Käufer beim Rücktritt von einem aufgrund eines Reservierungsvertrags geschlossenen Kaufvertrag gegenüber dem Vermittler keinen Anspruch auf Rückzahlung der Reservierungsgebühr, soweit der Vermittler alle seinen Pflichten aus dem Reservierungsvertrag erfüllt hat.

Dominika Veselá | Partnerin

Überstundenabgeltung nur mit Zustimmung des Arbeitgebers

Der Arbeitnehmer hat nur dann Anspruch auf Überstundenabgeltung, wenn der Arbeitgeber eindeutig auch stillschweigend seine Zustimmung zu einer solchen Überstundenarbeit erklärt hat. Wenn es dem Arbeitnehmer überlassen bleibt, wie er die Arbeit organisiert und wann er sie ausführt, kann es sich um keine Überstundenarbeit handeln.

Martina Vodičková | Konzipientin





EU

(Un)mittelbare Wirkung des EU-Rechts

Laut dem EuGH ist ein nationales Gericht bei Entscheidung eines Streits zwischen Einzelpersonen nicht verpflichtet, auf die Anwendung des vom EU-Recht abweichenden nationalen Rechts zu verzichten, wenn das anwendbare EU-Recht keine direkte Wirkung hat.

Barbora Bugová | Konzipientin





Angebotspflicht des Arbeitgebers

Eine der am häufigsten unterschätzten Pflichten bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung ist die sog. Angebotspflicht (§ 63 Abs. 2 Arbeitsgesetzbuch). Es ist einer der häufigsten Gründe bei Feststellung der Ungültigkeit von Kündigungen durch das Gericht, da die Erfüllung des Angebotspflicht die materiellrechtliche Bedingung für die Gültigkeit der Kündigung darstellt. Problematisch sind insbesondere Situationen, in denen der Arbeitgeber mehrere freie Stellen hat und nicht weiß, ob er dem Arbeitnehmer alle Stellen anbieten muss oder nur eine anbieten kann. Das Arbeitsgesetzbuch enthält eine solche Regelung nicht, die Gerichtspraxis ist sich jedoch einig, dass es nicht erforderlich ist, dass der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer alle für ihn passenden freien Stellen anbietet. Es reicht, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nur eine von mehreren passenden freien Stellen anbietet. Bei ähnlichen Arbeitsinhalten der Stellen kann jedoch Streit entstehen, welche freie Stelle für den Arbeitnehmer insbesondere aufgrund seiner Qualifikation die passendste war. Aus dem vorgenannten Grund kann sinnvoll sein, dem Arbeitnehmer alle freien Stellen anzubieten, um den Streit darüber zu vermeiden, ob die Angebotspflicht erfüllt ist oder nicht.

Štefan Palkovič | Rechtsanwalt

In Kürze

Die neue Regelung des Einwegpfands wird transparenter

Der Verwalter kann nicht ausbezahlte Pfandeinnahmen bis zu 50% anderweitig verwenden. Im Übrigen bedarf er der Zustimmung des Umweltministeriums, dem er auch regelmäßig Tätigkeitsberichte zu erstatten hat.

Katarína Brath Liebscherová | Rechtsanwältin

Neue arbeitsrechtliche Vereinbarungen in Sicht

Im ressortübergreifenden Anhörungsverfahren wird derzeit ein Abgeordneten Antrag zur neuen Rechtsregelung von Vereinbarungen über Saisonarbeitstätigkeiten ausgewertet. Zwecks Sozialversicherung sollte die natürliche Person als Arbeitnehmer betrachtet werden.

Daša Derevjaniková | Konzipientin



Das Arbeitsministerium richtete eine neue Informationsseite zur Einführung der sog. Kurzarbeit in der Slowakei ein

Unter www.skratenapraca.gov.sk kann man nunmehr erfahren, wie die Kurzarbeit funktioniert, wer und unter welchen Bedingungen Arbeitsgeld beantragen kann und wie hoch das Arbeitsgeld ist.

Filip Kozoň | Konzipient

Überstunden

Laut dem Obersten Gericht der Slowakei fällt unter Überstunden auch Arbeit außerhalb der normalen Arbeitszeit, die – auch langfristig – ohne ausdrückliche Anordnung des Arbeitgebers erbracht wird. Relevant ist, dass der Arbeitgeber weiß, dass die Arbeitnehmer länger arbeiten, und die Ergebnisse ihrer Arbeit nutzt.

Ján Macej | Rechtsanwalt

Neuer Mindestlohnbetrag ab dem 01.01.2022

Der monatliche Mindestlohn beim ersten Grad der Arbeitsintensität beläuft sich auf EUR 646. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt EUR 3,713/Stunde.

Petra Marková | Rechtsanwältin

Am 01.03.2022 trat das Kurzarbeitsgesetz in Kraft

Es gilt nicht für Gewerbetreibende. Der Staat wird teilweise den Personalaufwand erstatten, 2022 in Höhe von max. 7,81 EUR/Stunde. Anzuwenden ist dann das Verhältnis 60 (Staat) : 20 (Arbeitgeber) : 20 (Arbeitnehmer).

Jana Sapáková | Counsel

Zuschüsse für Arbeitgeber aus dem Projekt Erste Hilfe + inkl. Maßnahme 3B auch für Januar und Februar 2022

Zuschüsse aus der Maßnahme 3B können für Januar und Februar 2022 nur Arbeitgeber mit max. 49 Arbeitnehmern und einem Rückgang der Umsatzerlöse von mind. 40 % beantragen. Der Zuschuss pro Arbeitnehmer macht EUR 450 - 810. Der Antrag für Januar kann bis zum 31.03.2022 gestellt werden.

Paulína Šlauková | Konzipientin

Unterstützung für erneuerbare Energiequellen aus dem Wiederaufbauplan

Das slowakische Wirtschaftsministerium veröffentlichte den Zeitplan der Förderungen zum Wiederaufbauplan betreffend die Unterstützung für erneuerbare Energiequellen. Die erste Förderung ist bereits im April 2022 geplant und umfasst 51 Mio. EUR.

Annamária Tóthová | Partnerin

eversheds-sutherland.com

© Eversheds Sutherland 2022. Alle Rechte vorbehalten

Eversheds Sutherland, advokátní kancelář, s.r.o. und **Eversheds Sutherland, advokátska kancelária, s.r.o.**, ist Teil der Eversheds Sutherland, die durch diverse eigenständige Rechtssubjekte global tätig ist. Die vollständige Beschreibung der Struktur und ein Verzeichnis der Kanzleien finden Sie unter www.eversheds-sutherland.com.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Informationen dienen nur zur Orientierung und stellen keine Rechtberatung in einer bestimmten Angelegenheit dar. Eversheds Sutherland, advokátní kancelář, s.r.o. und Eversheds Sutherland, advokátska kancelária, s.r.o. ist nicht verantwortlich für Maßnahmen, die auf der Grundlage der in diesem Dokument enthaltenen Informationen ergriffen werden.